
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 7 (1979)

DOI: 10.11588/fr.1979.0.49857

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

les méthodes pédagogiques dans l'enseignement primaire, sur l'enseignement de la philosophie et de la littérature, sur le rôle de la rhétorique, autant de développements neufs, qu'on ne trouverait aisément dans aucun autre ouvrage. En même temps qu'il se meut avec sûreté à travers une bibliographie immense, T. Zeldin comprend à merveille la spécificité et la complexité des réalités françaises. Là encore son livre est un compagnon auquel le lecteur peut se fier sans hésitation.

Sans doute peu de livres déconcertent-ils davantage l'auteur d'un compte-rendu. Le foisonnement des informations et des suggestions ne peut faire l'objet d'un résumé. Le refus de donner une interprétation d'ensemble rend difficile la discussion d'une thèse. Mais cet ouvrage doit être jugé pour ce qu'il veut être, une tentative de lire autrement l'histoire de la France et des Français. Cette démarche pointilliste est bien éloignée des essais ambitieux d'explication et des recherches de causalité. A tout prendre un tel propos est salubre, même si le lecteur risque de demeurer sur sa faim. Au vrai l'essentiel n'est pas là: de ce livre fondamental, l'indépendance du propos et la culture de l'auteur font le véritable prix.

Jean-Marie MAYEUR, Paris

Heinz MOSER, Franz KOST, Walter HOLDENER, Zur Geschichte der politischen Bildung in der Schweiz, Stuttgart (J. B. Metzler) 1978, 8°, 156 S. (Politische Bildung im europäischen Ausland, hg. v. Kurt Gerhard Fischer).

Die frühere, vielfach idealisierende Sichtweise der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse der Schweiz ist seit den 60er Jahren einer kritischen Distanz zum Gegenstand gewichen. Hauptursache für die kritischere Einstellung ist die zunehmende Kluft zwischen dem Anspruch einer liberalen Staatsideologie einerseits und der politischen Realität eines hochentwickelten Industriestaates andererseits. Die sich verringernde Effizienz und die sich abschwächende Legitimation der politischen Institutionen lassen die Eigentümlichkeiten des politischen Systems der Schweiz zunehmend problematisch erscheinen: seinen föderalistischen Aufbau, die unmittelbare Beteiligung des Volkes an der Gesetzgebung, das Kollegialprinzip der Regierung und die Doktrin der Neutralität. Belegt wird diese Entwicklung durch zahlreiche Versuche der Standortbestimmung und Situationsdeutung, wobei die Anfang der 60er Jahre veröffentlichte Schrift »Helvetisches Malaise« des Basler Verfassungsjuristen Max Imboden geradezu ein Stichwort gegeben hat, sowie seit einigen Jahren auch durch vermehrte Überlegungen zur politischen Bildung in der Schweiz.¹

Die vorliegende Arbeit wurde von Mitgliedern der »Arbeitsgruppe Politische Bildung Zürich« verfaßt und stellt den Versuch dar, den Begriff und die verschiedenen Strömungen der politischen Bildung vor dem Hintergrund der poli-

¹ Vgl. Arne ENGELI, Politische Bildung in der Schweiz. Thesen über Ziel, Weg und Situation des politischen Unterrichts, Frauenfeld 1972, 162 S.

tischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Schweiz seit dem 18. Jahrhundert zu verdeutlichen und zugleich den Standort der eigenen Studien näher zu bestimmen. Schwierigkeiten und Verdienst dieses Vorhabens ergeben sich daraus, daß die Geschichte der politischen Bildung in der Schweiz bisher kaum Gegenstand von Untersuchungen gewesen ist.

Die Verfasser haben die Geschichte der politischen Bildung in der Schweiz, insbesondere die Entwicklung des politischen Unterrichts in den Schulen und für den Wehrdienst, in drei Teilen dargestellt: H. Moser für die Zeit bis 1848, F. Kost für den Zeitraum von der Gründung des Bundesstaates bis zum Ende des Ersten Weltkrieges und W. Holdener für die Jahre von 1918 bis heute. Jedem der drei Abschnitte schließt sich ein Anmerkungsapparat sowie ein Quellen- und Literaturverzeichnis an, das über die Fülle und die Verschiedenheit des herangezogenen Materials Auskunft gibt. Ein Nachwort faßt die Ergebnisse und Zielvorstellungen der Verfasser zusammen.

Der erste Teil (Politische Bildung bis 1848) zeichnet am Beispiel des Kantons Zürich die Bemühungen eines zunehmend selbstbewußten Bürgertums nach, die Bürger für die entstehende Sphäre einer literarisch-politischen Öffentlichkeit zu bilden, die so zu einem spezifischen Wirkungsfeld eben dieses Bürgertums wurde. Verf. macht eingangs unter Rückgriff auf Überlegungen von Kant, Marx und Habermas deutlich, wie sehr politische Bildung an die Entstehung von Öffentlichkeit gebunden war. Er zeichnet dann die systematische Entfaltung des Gedankens einer politischen Bildung nach, wie sie sich erstmals in den Schriften von Pestalozzi findet. Danach, in den Jahren 1815 bis 1848, unterlag die politische Bildung in der Schweiz einem gewissen Funktionswandel. Nachdem das liberale Bürgertum (im Kanton Zürich) die politische Macht erlangt hatte, erschien ihm die politische Bildung zunehmend als ein Mittel, um die damaligen politischen Verhältnisse zu konsolidieren und sich der Loyalität breiterer Bevölkerungskreise zu versichern. Politische Bildung wurde auf diese Weise weitgehend zu einer »Rechtfertigungslehre« für den status quo (S. 28).

Der zweite Teil (Politische Bildung zwischen 1848 und 1918) behandelt zunächst den Zeitraum von der Durchsetzung der liberalen gesamtschweizerischen Verfassung 1848 bis zu ihrer Revision 1874. Die beiden ersten Jahrzehnte des Bundesstaates zeichneten sich durch eine gewisse Stagnation im Bildungswesen aus, für das weiterhin allein die Kantone zuständig blieben, damit auch durch eine Stagnation in der politischen Bildung. Erst die demokratische Bewegung der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts mit ihrer Forderung nach einer *republikanischen Bürgerbildung* belebte erneut die Idee einer allgemeinen politischen Bildung der Bürger.

Mit dem Umbau der Bundesverfassung 1874 begann ein neuer Abschnitt in der politischen Bildung der Schweiz: die Einführung der direkten Demokratie auf Bundesebene (Referendum und Initiative) verlangte eine stärkere Qualifizierung der Bürger in politischen Fragen, und die in der Folge der neuen Verfassung eingeführte pädagogische Rekrutenprüfung zwang die Kantone, die politische Bildung zu institutionalisieren. Dies geschah mit der Einführung des Prüfungsfaches *Vaterlandskunde* und mit der Herstellung entsprechender Lehrmittel, mit denen den Rekruten Grundkenntnisse des Landes, seiner Geschichte

und seiner Institutionen vermittelt wurden. Das sich bis zum Ersten Weltkrieg ausfächernde soziale und wirtschaftliche Spannungsfeld fand in der politischen Bildung keinen Niederschlag. Der nach 1874 institutionalisierte politische Unterricht verlor vielmehr seinen aufklärenden Charakter wieder: politische Bildung wurde weitgehend »zur bloßen Legitimation des bürgerlichen Staates« und erhielt »einen defensiv-anpassenden Charakter« (S. 55 f.). Das Anwachsen der Sozialdemokratie, die Abschaffung der Rekrutenprüfungen im Jahr 1913 und das Aufbrechen des »Grabens zwischen Deutsch und Welsch« im Ersten Weltkrieg förderten bzw. hemmten die Diskussion über die politische Bildung, ohne die in ihr vorherrschende Tendenz wesentlich zu verändern.

Der dritte Teil (Politische Bildung nach 1918) behandelt zuerst das Auftauchen neuer Konzepte einer internationalistischen Bildung im Zusammenhang mit der Völkerbundsbewegung der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die sich anschließende Epoche der faschistischen Bewegungen (in der sich in der Schweiz nebeneinander Einflüsse des Nationalsozialismus, des italienischen Faschismus und der *Action française* um Maurras bemerkbar machten) und die Zeit des Zweiten Weltkrieges waren durch eine Rückwendung zu früheren Konzepten nationaler und vaterländischer Erziehung gekennzeichnet, die im Antikommunismus des Kalten Krieges weitgehend beibehalten wurden. Erst seit den 60er Jahren zeichnet sich, im Zusammenhang mit der zunehmenden Kritik an den tradierten gesellschaftlichen und politischen Strukturen, eine Neuorientierung im Bereich der politischen Bildung ab, wobei die deutsche und die angelsächsische Diskussion über die Sozialkunde nicht ohne Einfluß geblieben ist.

In ihrem *Nachwort* fassen die Autoren die Ergebnisse ihrer Studie zusammen und umreißen ihr eigenes Konzept eines Sozialkundeunterrichts. Dabei werden deduktives und induktives Vorgehen nicht als zwei sich ausschließende Alternativen angesehen. Es soll vielmehr versucht werden, von den Erfahrungen der Schüler auszugehen und diese mit den darin erscheinenden gesellschaftlichen Prozessen zu vermitteln. Auf diese Weise scheinen den Autoren die positiven Momente beider Wege bewahrt: der Unterricht nimmt den Erfahrungskontext der Schüler ernst, ohne darüber die gesellschaftlichen Zusammenhänge als Thema zu vernachlässigen. Dieses Konzept politischer Bildung schließt die Forderung ein, die Schüler anzuleiten, »gesellschaftliche Prozesse auch dort auf ihre Legitimation hin zu befragen und abzutasten, wo der Status quo selbst ins Zwielicht gerät.« (S. 155).

Verfolgt man die in diesem Buch nachgezeichneten Entwicklungslinien der politischen Bildung in der Schweiz seit 1848, so fällt auf, daß der Inhalt des schweizerischen Föderalismus und die Situation der sprachlichen und kulturellen Minderheiten des Landes lange Zeit relativ wenig thematisiert worden sind. Erst die Diskussion, die die Entstehung des Kantons Jura in den Jahren 1974 bis 1978 begleitet hat,² scheint das Interesse der politischen Bildung an diesen

² Zur Föderalismus- und Minderheitenproblematik im Zusammenhang mit der jurassischen Frage vgl. stellvertretend für die umfangreiche Literatur *Oui au canton du Jura* – Ja zum Kanton Jura. *Annuaire de la Nouvelle Société Helvétique*, 49^e année, Berne 1978, 304 S.; Dossier: Jura, in: *Civitas*. Monatszeitschrift für Politik und Kultur 33

Aspekten stärker belebt zu haben. Die lange zurückreichende und keineswegs zufällige Vernachlässigung dieser Aspekte ist wohl auch der Grund dafür, daß die Autoren darauf verzichtet haben, die Frage nach dem Beitrag der französischen und der italienischen Schweiz zur politischen Bildung des Landes zu stellen. Die Anmerkungen 1 und 17 zu Teil II (S. 84 f.) und 13 zu Teil III (S. 143) deuten zaghaft die ausgesparte Dimension an. Neben Numa Droz (S. 46) hätten auch Gonzague de Reynold, Denis de Rougemont und Jean Ziegler genannt werden können. Gewiß, die zuletzt Erwähnten sind keine Schulbuchautoren und ihre nicht nur ins Deutsche übersetzten Arbeiten sind von unterschiedlichem Gewicht. Ihre Beurteilungen des gesellschaftlichen und politischen Lebens der Schweiz haben indessen über die Grenzen des Landes hinaus Beachtung gefunden und ohne Zweifel die politische Bildung in der Schweiz beeinflußt. Von daher gesehen, hätte der vorliegenden Studie der Titel »Zur Geschichte der politischen Bildung in der deutschen Schweiz« eher entsprochen. Gleichwohl dürfte sich das Buch vorläufig als eine unentbehrliche Einführung für jeden erweisen, der sich über die historischen Voraussetzungen der politischen Bildung in der Schweiz informieren will. Die engagierte Studie beurteilt zwar stellenweise die historische Entwicklung etwas zu ausschließlich unter gegenwartsbezogenen Gesichtspunkten, sie trennt aber die beschriebenen Vorgänge nie von ihrem jeweiligen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergrund. Diesen Zusammenhang deutlich werden zu lassen, ist ein Vorzug dieses nützlichen Buches.

Reinhard SCHIFFERS, Bonn

Yves LEQUIN, *Les ouvriers de la région lyonnaise (1848–1914)*. T. I: La formation de la classe ouvrière régionale; T. II: Les intérêts de classe et la république, Lyon (Presses Universitaires de Lyon) 1977, 2 Bde., 573 und 500 S.

Eine Sozialgeschichte der Arbeiterklasse einer ausgewählten Region entsprechend den Fragestellungen und methodischen Ansprüchen der modernen französischen Sozialgeschichtsforschung hat sich der Verf. zum Ziel gesetzt, und sein zweibändiges Werk beweist, daß ihm dies in vorzüglicher Weise gelungen ist. Einmal nicht die bäuerliche Welt, sondern die soziale Realität von städtischen arbeitenden Schichten in einem umfassenden Sinne und im Zusammenhang mit der ökonomischen und demographischen Situation der Region möchte L. beschreiben. Indem er die Entwicklung des materiellen und kulturellen Lebens der Arbeiterschaft und dann vor diesem Hintergrund Geschichte und Aktionsformen ihrer Organisation eindringlich untersucht, füllt er die Leerstelle zwischen den herkömmlichen ideologie- und programmgeschichtlichen Untersuchungen und den Beschreibungen der materiellen Lage von Arbeitern.

Ein solcher Ansatz läßt sich, und auch darin folgt L. dem Ansatz der An-

(1978), Heft 9–10, S. 487–526; Jura-Perspektiven 1978. Thesen, Kommentare, Meinungen, in: *Reformatio. Evangelische Zeitschrift für Kultur und Politik* 27 (1978), Heft 5, S. 265–360.